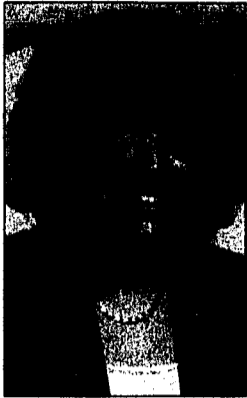


KLEINE ANFRAGEN

Jugendgesetz kommt:
Letzte Anpassungen

VADUZ – Das revidierte Jugendgesetz soll im kommenden Jahr dem Landtag zur Behandlung zugestellt werden. Dies führte «Jugendministerin» Rita Kieber-Beck (im Bild) auf die Frage der VU-Abgeordneten Marlies Amann-Marxer aus. «Der sehr umfangreiche Bericht wurde dem Ressort im Juli 2005 vom Amt für Soziale Dienste zugestellt. Dieser wurde anschliessend im Ressort geprüft und zur legislativen Überprüfung an den Rechtsdienst weitergeleitet. Derzeit werden vom Amt für Soziale Dienste letzte Anpassungen vorgenommen. Wir hoffen, dass der Bericht noch in diesem Jahr in die Vernehmlassung geschickt werden kann. Es ist geplant, dass der Bericht und Antrag im Jahr 2006 dem Landtag zur Behandlung zugestellt wird.» (pk)

«Wie ist hier der aktuelle Stand in der Diskussion um die Weiterentwicklung der GWK und welche Haltung vertreten die GWK-Verantwortlichen betreffend einer öffentlich-rechtlichen oder privatrechtlichen Organisation?» Mit diesen Fragen konfrontierte der FBP-Abgeordnete Peter Lampert Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschüscher.

GWK wird auf Kopf gestellt

Kleine Anfrage von Peter Lampert zur Weiterentwicklung der GWK

VADUZ – Peter Lampert (FBP) erkundigte sich bei der Regierung nach der künftigen Ausrichtung der Gewerbe- und Wirtschaftskammer (GWK). Bleibt die GWK öffentlich-rechtlich oder soll sie künftig privatrechtlich organisiert sein?

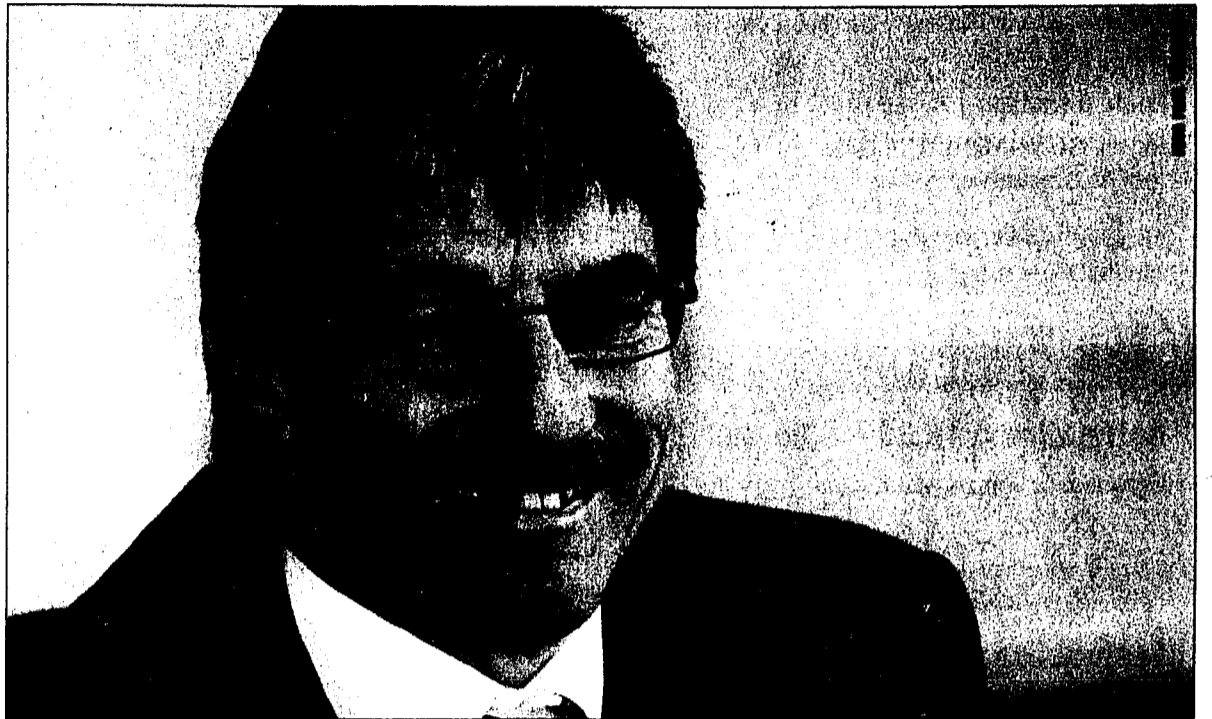
«Wie ist hier der aktuelle Stand in der Diskussion um die Weiterentwicklung der GWK und welche Haltung vertreten die GWK-Verantwortlichen betreffend einer öffentlich-rechtlichen oder privatrechtlichen Organisation?» Mit diesen Fragen konfrontierte der FBP-Abgeordnete Peter Lampert Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschüscher.

Man sei ständig in Kontakt

Das Ressort Wirtschaft und die GWK würden seit der Verabschiedung des Finanzbeschlusses über die Sonderfinanzierung für die Jahre 2005 und 2006 im September-Landtag in ständigem Kontakt zueinander stehen, erklärte Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschüscher. Es habe eine Sitzung zur Frage des Zahlungsplanes für die Auszahlungen des vom Landtag bewilligten Sonderbeitrages an die GWK in der Höhe von einer Million Franken stattgefunden. «Dabei wurde auch festgehalten, dass die GWK das Ressort regelmässig über die finanziellen Entwicklungen informiert. Eine erste Auszahlung wird im Dezember 2005 erfolgen; die zweite Tranche im Februar 2006 und der restliche Betrag erst bei Vorliegen der revidierten Jahresrechnung 2006 im Februar 2007.»

Privatisierung angestrebt

Das Ressort Wirtschaft habe die rechtlichen Arbeiten bezüglich der



Peter Lampert (FBP) ist in Sorge um die Weiterentwicklung der Gewerbe- und Wirtschaftskammer (GWK).

künftigen Organisationsform der GWK im Anschluss an die September-Landtagssitzung weiter vorangetrieben. «Die rechtlichen Gründe für eine Umwandlung der GWK in eine privatrechtliche Organisationsform gründen unter anderem in der konsequenten Umsetzung des Urteils des Staatsgerichtshofs; der Wiederherstellung der zurzeit (aufgrund des öffentlich-rechtlichen Status) unsicheren Tariffähigkeit der GWK im Rahmen der Aushandlung von Gesamtarbeitsverträgen; der Herstellung einer verfassungsmässig einwandfreien Organisationsform (die GWK tritt heute noch rund ein Drittel aller in FL angemeldeten Gewerbetreibenden) und vor allem auch in der Gleichbehandlung mit allen anderen Verbänden und Interessenvertretungen (wie beispielsweise LIHK, LANV, Bankenverband oder anderen)», so Klaus Tschüscher.

Im Sinne einer offenen Kommunikation sei dies den Verantwortlichen in den letzten Wochen mehrmals schriftlich mitgeteilt worden. «Im November 2005 wurden seitens des Ressorts überdies alle Sektionspräsidenten der GWK direkt angeschrieben und über den Stand der Entwicklungen informiert.»

Privatrechtlich bis 2007

Zum Zeitplan hielt Regierungschef-Stellvertreter Tschüscher fest: «Wie ebenfalls mehrfach, auch schon öffentlich, dargelegt, soll für diese Überführung und die damit einhergehenden organisatorischen Massnahmen der GWK genügend Zeit eingeräumt werden, und zwar bis zum 1. Januar 2007. Die für die Überführung notwendigen Rechtsgrundlagen befinden sich im Ressort Wirtschaft in Ausarbeitung, der Entwurf derselben wird der GWK Anfang nächsten Jahres vorgestellt.

Über diesen Zeitplan wurde die GWK bereits informiert.»

Am Mittwoch neue Sitzung

Im Zusammenhang mit den laufenden rechtlichen Arbeiten sei seitens des Ressorts Wirtschaft auch die Frage zum künftigen Modell der Gesamtarbeitsverträge in Liechtenstein angegangen und geklärt worden. Die GWK, die LIHK und der Arbeitnehmer/-innenverband treffen sich am Mittwoch zu einer Sitzung, an welcher die Ergebnisse der rechtlichen Abklärungen vorgestellt werden sollen und erläutert werde, wie die Allgemeinverbindlichkeit von Gesamtarbeitsverträgen in Liechtenstein erreicht werden kann. «Das Ergebnis dieser Sitzung wird die Regierung zur Kenntnis nehmen. Das Ressort Wirtschaft wird sodann unverzüglich die weiteren notwendigen Schritte einleiten.» (pk)

LKK wegen laufendem Gerichtsverfahren noch nicht gelöscht

VADUZ – Im Auszug aus dem Öffentlichkeitsregister sei ersichtlich, dass die LKK, welche mit der Freiwilligen Balzner Krankenkasse fusioniert wurde, immer noch existiere, hielt Landtagsvizepräsident Ivo Klein in einer Kleinen Anfrage fest. Er erkundigte sich nach dem Grund für das Verbleiben im Öffentlichkeitsregister.

Regierungsrat Martin Meyer führte dazu aus, dass die Löschung der LKK im Öffentlichkeitsregister bisher im Einvernehmen mit dem Öffentlichkeitsregisteramt nicht vollzogen wurde, da die LKK als klagende Partei nach wie vor in ein Gerichtsverfahren gegenüber der ehemaligen Kontrollstelle involviert ist. «Das Amt für Volkswirtschaft wird die Möglichkeit der Löschung der LKK während des anhängigen Gerichtsverfahrens, ohne dass dessen ordentliche Beendigung gefährdet wird, prüfen.» (pk)

Liechtenstein an WTO-Konferenz vertreten

VADUZ – Landtagsvizepräsident Ivo Klein wollte von der Regierung wissen, ob eine Teilnahme am WTO-Gipfel in Hongkong teilnehmen und welche Position im Agrardossier vertreten werde. Liechtenstein werde an der 6. Ministerkonferenz der WTO in Hongkong vertreten sein, wobei Regierungsrätin Kieber-Beck (Ressort Ausseres) Liechtenstein seitens der Regierung nach Hong Kong reisen wird. Norbert Frick, Ständiger Vertreter bei der WTO in Genf, wird Regierungsrätin Kieber-Beck begleiten. Es sei im Interesse Liechtensteins, die schweizerischen Positionen im Agrardossier zu unterstützen. «Speziell setzt sich Liechtenstein für die Beibehaltung der WTO-Kompatibilität der in Liechtenstein praktizierten nicht handelsverzerrenden Direktzahlungen ein. Durch die aktive Unterstützung schweizerischer Positionen, der G10-Positionen oder anderer Gruppierungen, die gleiche Zielsetzungen verfolgen, trägt Liechtenstein zum Erreichen der für einen Verhandlungsdurchbruch notwendigen kritischen Masse bei», so Aussenministerin Kieber-Beck auf die Anfrage. (pk)

Gute Zahlungsmoral

VADUZ – Die Zahlungsmoral bei Bussen nach Geschwindigkeitsübertretungen ist in Liechtenstein gut. «Liechtenstein hat lediglich mit Österreich und der Schweiz Übereinkommen zur Fahrzeughalter und -lenkerermittlung im Zusammenhang mit Geschwindigkeitsüberschreitungen abgeschlossen. Folglich können von in Liechtenstein festgestellten Geschwindigkeitsübertretungen durch ausländische Fahrzeughalter auch nur diejenigen verfolgt werden, deren Fahrzeuge in Österreich bzw. der Schweiz immatrikuliert sind.» Von den rund 25 100 festgestellten Übertretungen im Jahre 2004 wurden 7418 nicht verfolgt oder konnten nicht eingefordert werden. (pk)

Laboranalysen kostengünstiger?

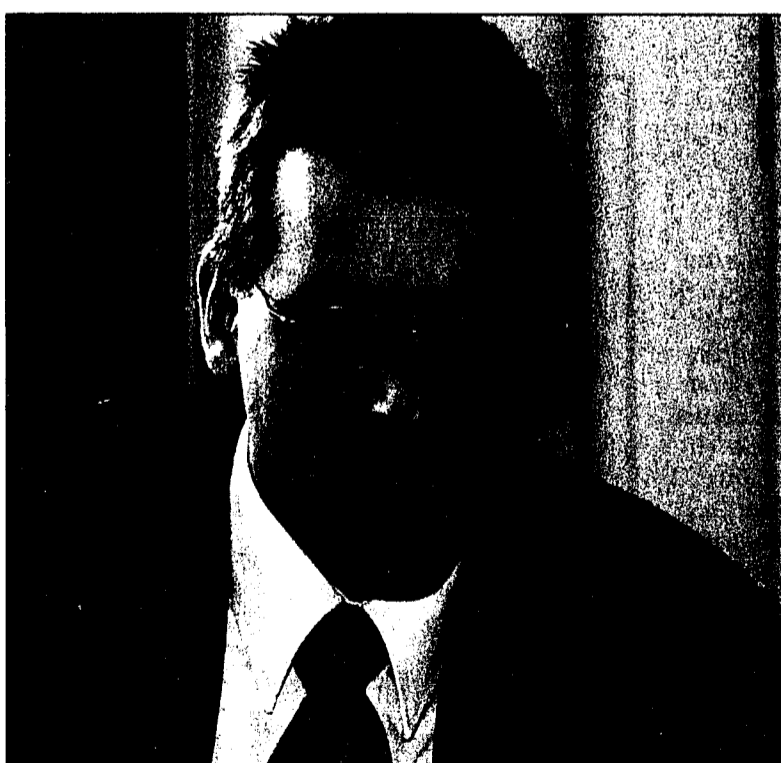
Wendelin Lampert (FBP): Für tiefe Gesundheitskosten

VADUZ – Kann im Gesundheitswesen durch den Bezug von Generika gespart werden und ist die schweizerische Lösung dafür auch in Liechtenstein gangbar? Mit dieser Frage konfrontierte Wendelin Lampert (FBP) die Regierung.

Die Einführung einer höheren Kostenbeteiligung bei Originalmedikamenten sei durchaus denkbar, da die geltenden gesetzlichen Bestimmungen dies zulassen würden und Liechtenstein im Bereich der Medikamente ohnehin eng an den Schweizer Markt und die entsprechenden Bestimmungen gebunden ist, bemerkte Regierungsrat Martin Meyer. «Bevor in dieser Frage allerdings eine Entscheidung getroffen werden kann, sind von liechtensteinischer Seite spezifische Abklärungen vorzunehmen und die verschiedenen Gremien, wie zum Beispiel die Sanitätskommission und betroffene Interessenvertretungen zur Stellungnahme einzuladen.»

Taxwertanpassungen je nach Empfehlung

Wendelin Lampert hielt weiter fest, dass in der Schweiz die Kosten für die Laboranalysen gesenkt werden, «die heute dank neuen Verfahren billiger durchgeführt werden können». Als Sofortmassnahme werde der Taxpunktwert für



Wendelin Lampert (FBP): Für Kostenersparnisse im Gesundheitswesen.

diese Leistungen von einem Franken auf 90 Rappen reduziert. Lampert wollte wissen, ob diese Handhabung auch in Liechtenstein vorgehen sei.

Dazu führte Regierungsrat Martin Meyer wie folgt aus: «Es lässt sich festhalten, dass die Preissenkung im Bereich der Mittel- und Gegenständeliste sowie die Senkung des Taxpunktwertes für Laboranalysen in Liechtenstein grundsätzlich gleichzeitig wie in

der Schweiz zur Anwendung gelangen werden. Dieses parallele Vorgehen basiert auf der Tatsache, dass Liechtenstein die Anwendbarkeit der schweizerischen Mittel- und Gegenständeliste wie auch der Analyseliste erklärt hat. Die Regierung kann jedoch gegebenenfalls auf Empfehlung der Leistungskommission abweichende Vergütungen vorsehen und trifft diesbezüglich noch Abklärungen.» (pk)

ARBEITSLOS

Finanzierung der Kasse gesichert?

VADUZ – «Ist die Finanzierung der Arbeitslosenkasse langfristig gesichert und welche Massnahmen wird die Regierung ergreifen?» Diese Frage richtete die FBP-Abgeordnete Renate Wohlwend an Regierungschef-Stellvertreter Tschüscher.

Per Ende 2004 seien der Arbeitslosenversicherungskasse flüssige Mittel und Finanzanlagen im Werte von rund 66 Mio. Franken zur Verfügung gestanden. «Das Jahresergebnis 2004 schloss mit einem Minus von rund 7 Mio. Franken ab. Für das Jahr 2005 ist mit etwa dem gleichen Betrag zu rechnen.»

5 bis 7 Jahre gesichert

Die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung (ALV) sei somit nach heutigem Kenntnisstand noch für die nächsten 5 bis 7 Jahre gesichert, so Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschüscher.

«Um die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung langfristig sicherzustellen, sind finanzielle, demographische und arbeitsmarktliche Grundlagen zu erarbeiten und Szenarien für mögliche künftige Finanzierungsmodelle zu entwickeln.»

Die Regierung hat deshalb einen Grundsatzbeschluss gefasst, welcher Finanzierungsmodelle prüfe. (pk)